

Arndt G. Kirchhoff: »Sparpaket gefährdet Wachstum«



Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses. Foto: BDI

Mit einem gigantischen Sparpaket will die schwarz-gelbe Koalition Deutschland aus der Schuldenkrise befreien. Bis ins Jahr 2014 sollen mehr als 80 Milliarden Euro gespart werden, davon elf Milliarden im nächsten Jahr. Die Bundesregierung hat sich viel vorgenommen. Das weiß die Bundeskanzlerin. Für sie ist das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik ein »einmaliger Kraftakt«.

Damit es aber bei einem einmaligen Kraftakt bleibt, muss die Regierung »intelligent sparen«. Das bedeutet, dass die Sparanstrengungen das Wachstum in Deutschland nicht gefährden dürfen. Nur mit einer wachsenden Wirtschaft lässt sich der Haushalt konsolidieren. Schon ein Wachstumsrückgang von 0,1 Prozent

bedeutet 2,5 Milliarden Euro weniger BIP. Das macht für die Staatskasse ungefähr 600 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen. Bei 0,2 Prozent weniger BIP-Wachstum wären die Steuerausfälle höher als die erhofften Steuermehreinnahmen.

Die Sparpläne widersprechen in weiten Teilen der ökonomischen Vernunft: So könnte Deutschland das einzige Land werden, das seine Wirtschaft im Wiederaufschwung, also das Wachstum, zusätzlich belastet. Stichwort: Erhöhung der Energie- und Stromsteuer. Der BDI ist entsetzt und fassungslos über die Energiesteuerpläne der Bundesregierung, die eine massive Zusatzbelastung von Industrieunternehmen bedeuten. Die Unter-

nehmen müssen mit einem Vielfachen ihrer Steuerbelastung rechnen. Dabei gehören die Energiekosten in Deutschland schon jetzt zu den höchsten in Europa und der Welt. Die einseitige nationale Steuererhöhung schwächt Investitionen und gefährdet die Existenz der betroffenen Unternehmen am Standort Deutschland.

Auch die geplante Brennelemente-Steuer entzieht den Unternehmen Mittel, die nötig sind, um zum Beispiel in klimaschonende Technologien für die Energieerzeugung zu investieren. Wenn die Steuer kommt, müssten die Betreiber von Kernkraftwerken jährlich vier Milliarden Euro Brennelemente-Steuer zahlen. Eine so starke Belastung der Kernkraftwerke widerspricht dem Ziel einer sicheren, wettbewerbsfähigen, bezahlbaren und umweltverträglichen Energieversorgung der deutschen Industrie.

Die Politik muss jetzt die Weichen auf Wachstum stellen. Das betrifft auch die Branchen Luftverkehr und Tourismus. Die geplante Luftverkehrssteuer verteuert Mobilität für Bürger und Wirtschaft und schadet dem Luftverkehrsstandort Deutschland. Als führende Exportnation ist Deutschland auf einen leistungsfähigen Luftverkehr angewiesen. Die Bundesregierung sollte Nutzen und Kosten dieser neuen Steuer gründlich abwägen. Wettbewerbsverzerrungen und negative Effekte für das Wachstum müssen soweit wie möglich begrenzt werden.

Spezial

Peru/Chile

Gute Aussichten für deutsche Baufirmen.













>> Seite 14

Interview

Drei Fragen an Heinz-Paul Bonn, GUS GROUP, Vorstandsmitglied Mittelstandsausschuss und Bitkom-Vize-Präs.

>> Seite 15

Inhaltsverzeichnis

 Wirtschaftspolitik	 Cloud-Computing
 Wirtschaftsfond	 Soziale Verantwortung
 Bürgschaftsbanken	 Europa-GmbH
 Steuerrecht	 Russland
 Ökosteuern	 Brasilien
 Gesundheitsmarkt	 Ägypten

Wirtschaftspolitik

Konjunktur brummt, Aufschwung noch wackelig

Angesichts der guten Konjunktur ist in diesem Jahr vielleicht sogar ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent möglich. Damit rechnen bereits die Konjunkturoptionen von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle. Die Zahlen geben Anlass zu Optimismus, aber nicht zur Euphorie. Die Dynamik dürfte sich im kommenden Jahr verlangsamen.



Der ifo-Geschäftsklimaindex für den Mittelstand kletterte in die Höhe.

Das weltweite Konjunkturklima ist auch zur Jahresmitte 2010 sehr freundlich. In den globalen Wachstumszentren Asiens und Lateinamerikas expandiert die Wirtschaft. Der Güterbedarf steigt, davon profitieren auch die mittelständischen Unternehmen. Im 1. Quartal 2010 sind die Exporte um 12,2 Prozent gestiegen. Auch im Mai dieses Jahres lagen die Ausfuhren bereits 28,8 Prozent über dem Vorjahresstand und 9,2 Prozent höher als im April 2010. Der Impuls aus dem Außenhandel spiegelt sich in den Auftragseingängen wider, die im Frühjahr einen kräftigen Schub erhalten haben. Zunehmend überträgt sich der Impuls auf die Produktion und die inländische Investitionsgüternachfrage. Im Zwei-Monatsvergleich April/Mai 2010 gegenüber Februar/März 2010 stieg die Industrieerzeugung um kräftige 4,3 Prozent. Der positive Trend zeigt sich auch im ifo-Geschäftsklimaindex, der seit Mai 2010 den Eintritt in die konjunkturelle Boomphase anzeigte. Auch der Geschäftsklimaindex für den Mittelstand vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung und KfW kletterte im Juli um 7,9 Punkte auf 21,1 Punkte – so deutlich wie noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1991. Sowohl die Lage als auch die Erwartungen haben sich deutlich verbessert.

Frühjahrsbelebung lässt Beschäftigung steigen

Der konjunkturelle Optimismus schlägt sich auch auf den Arbeitsmarkt nieder. Wegen der verbesserten Wirtschaftslage rechnen Arbeitsmarktexperten bereits im Herbst mit weniger als drei Millionen Arbeitslosen. Die Frühjahrsbelebung hat sogar einen Anstieg der Beschäftigung nach sich gezogen, die Kurzarbeit wird immer stärker zurückgefahren. Das stabilisiert den Konsum. Die expansive Fiskalpolitik wird sukzessive zurückgenommen, durch steigende Ausfuhren, höhere Investitionsausgaben und stabilen Konsum kompensiert.

Dies alles gibt Anlass zum Konjunkturoptimismus, aber nicht zur Euphorie. Die Aufholphasen nach Wirtschaftskrisen, die ihren Ausgang auf den Finanzmärkten genommen hatten, sind erfahrungsgemäß langwierig. Die zu beobachtende V-förmige Aufwärtsbewegung ist das Ergebnis von massiven, weltweit Konjunkturprogrammen und der Revision von Übertreibungen auf den Märkten. Die Dynamik dürfte sich im kommenden Jahr mithin etwas verlangsamen, was aber nicht mit einer Rückkehr der Krise oder einer neuerlichen Rezession gleichgesetzt werden darf. Vielmehr spiegelt die voraussichtlich hohe Wachstumsrate im Jahr 2010 den starken Basiseffekt wider, gefolgt von einer Normalisierung im kommenden Jahr.

Rohstoffe verteuern sich

Für die Zukunft müssen umso mehr die Risiken genau im Auge behalten werden. Die Preise für Rohstoffe haben inzwischen ein hohes Niveau erreicht und haben sich in Verbindung mit einem schwachen Euro nochmals verteuert. Die zwischenzeitlich etwas abgemilderte Lage bei der Unternehmensfinanzierung hat sich partiell wieder verschlechtert. Die zu Beginn der Krise befürchtete Insolvenzwelle im Verarbeitenden Gewerbe ist angesichts der robusten Verfassung der deutschen Industrie bisher ausgeblieben – dennoch werden die Bankbilanzen durch Kreditausfälle belastet. Die diskutierten Modelle für eine Bankenabgabe und eine Finanztransaktionssteuer sowie schärfere Eigenkapitalanforderungen im Rahmen von »Basel III« reduzieren darüber hinaus den zukünftigen Spielraum zur Kreditvergabe. Angesichts des umfassenden »Rettungsschirms« für den Euroraum können auch Crowding-Out Effekte auf dem Kapitalmarkt nicht ausgeschlossen werden.

Konsolidierung auf der Ausgabenseite und die dauerhafte Stärkung von Wachstumskräften haben deshalb auch in Deutschland oberste Priorität. Das Sparpaket der Bundesregierung enthält neben der Reduktion konsumtiver Ausgaben auch eindeutig wachstumsfeindliche Elemente. Dazu zählen die Einführung einer Brennelementesteuer, die Erhebung einer ökologischen Luftverkehrsabgabe und insbesondere höhere Belastungen für energieintensive Industrien. Nicht zuletzt die geplante Bankenabgabe schmälert die Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft. Die Bundesregierung steht daher weiter in der Pflicht, Konzepte für eine nachhaltige Sanierung des Bundeshaushaltes vorzulegen und Wachstumskräfte so zu stärken, dass der Aufschwung in Deutschland sich selbst tragen kann. Der Konsolidierungsbeitrag der Wirtschaft liegt darin, über Investitionen Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen und so für höhere Steuereinnahmen zu sorgen. Das kann sie aber nur, wenn die Rahmenbedingungen Wachstum zulassen. Zusätzliche Belastungen in der Aufschwungphase sind deshalb fehl am Platze.

Ansprechpartner:
Dr. Juri Schudrowitz,
j.schudrowitz@bdi.eu

Kredit- und Bürgschaftsprogramm Verbändebrief zum Wirtschaftsfonds Deutschland

Industrie und Bundesregierung sind sich einig: Der Wirtschaftsfonds Deutschland soll zum Ende dieses Jahres auslaufen. Der BDI plädiert für gezielte Anschlussregelungen zur Absicherung des Aufschwungs.

Der konjunkturelle Aufschwung gewinnt an Fahrt. Er muss aber auch finanziert werden. Insbesondere die Vorfinanzierung von Vorleistungen stellt die Unternehmen vor wachsende Herausforderungen. Es gibt zwar nach wie vor keine flächendeckende Kreditklemme. Eine Verschärfung der Finanzierungsbedingungen für das nächste Jahr ist aber nicht ausgeschlossen – insbesondere mit Blick auf wachsende Eigenkapitalanforderungen an die Banken und zunehmende Eigenkapitalbelastungen durch steigende Abschreibungen und Wertberichtigungen.



Konjunktureller Aufschwung gewinnt durch Exportstärke an Fahrt. Foto: BDI/fotolia (Bertold Werkmann)

Der Aufschwung darf nicht an unzureichender Finanzierung scheitern. Dies war der Grund, warum der BDI gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks den Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle gebeten haben, zur Absicherung des Aufschwungs nach dem Auslaufen des Wirtschaftsfonds gezielte Anschlussregelungen vorzusehen.

Hierzu gehören vor allem:

- die erweiterten Möglichkeiten zur Bürgschaftsförderung selektiv fortsetzen. Eine Beibehaltung des auf zwei Millionen Euro heraufgesetzten Bürgschaftshöchstbetrags würde insbesondere den betragsmäßig höheren Kredit- und Bürgschaftsvolumina bei vielen Unternehmen Rechnung tragen. Darüber hinaus sollte die Risikotragfähigkeit der Bürgschaftsbanken mindestens bis 2011 in Form der um zehn Prozent erhöhten Rückbürgschaftsquote entlastet werden, um die im Aufschwung erforderliche Kreditversorgung des Mittelstandes zu unterstützen.
- die Betriebsmittelvariante des KfW-Sonderprogramms mit partieller Haftungsfreistellung und erhöhter Risikotoleranz in ein »normales« Förderprodukt der KfW überführen. Gerade die kurzfristige Liquiditätsbeschaffung ist für viele Unternehmen immer noch ein Problem – der Bedarf dürfte bei steigenden Aufträgen sogar noch zunehmen.

Darüber hinaus sollten, losgelöst von Hilfen des Wirtschaftsfonds, nachfolgende strukturelle Verbesserungen der Fördermöglichkeiten erwogen werden:

- bestehende Instrumente der Exportfinanzierung und -absicherung fortführen, insbesondere die Weiterführung des KfW-Refinanzierungsprogramms für Exportkredite, die Absicherung von Kurzfristgeschäften in EU-/OECD-Länder bis mindestens Ende 2011 und die dauerhafte Möglichkeit zur Senkung des Selbstbehalts auf fünf Prozent bei der Lieferantenkreditdeckung. Dies ist erforderlich, da der Aufschwung insbesondere vom Export getrieben wird.
- die Verstärkung laufender privatwirtschaftlicher Initiativen zur Eigenkapitalfinanzierung beispielsweise durch Co-Finanzierungen der KfW. Der Eigenkapitalbedarf im Mittelstand wird im Aufschwung deutlich zunehmen. Für die in den Jahren 2004 bis 2007 in Anspruch genommene Mezzaninekapitalzufuhr müssen ab 2011 Anschlussfinanzierungen gefunden werden.
- die Abschaffung der Solobergrenze für Betriebsmittelkredite in Bezug auf das Gesamtbligo der Bürgschaftsbanken ist erforderlich, um die Besicherungsmöglichkeiten bei der Liquiditätsbeschaffung der Unternehmen nicht unnötig einzuschränken.

Wirtschaftsministerium zeigt sich offen für Anliegen der Verbände

Nach den Vorstellungen von Bundeswirtschaftsminister Brüderle soll der Wirtschaftsfonds zum Ende des Jahres auslaufen, erwogen werden aber einzelne gezielte Anschlussregelungen. Hierzu gehören insbesondere die Fortführung bestehender Instrumente der Exportförderung und -absicherung sowie die Festigung der Bürgschaftsförderung durch die hiesigen Bürgschaftsbanken.

Das Ministerium plant, die im Zuge der Krise erweiterte Bonitäts-/Besicherungskombination des KfW-Sonderprogramms auf das reguläre Förderangebot der Bank auszudehnen. Eine erhöhte »Risikotoleranz« würde solchen Unternehmen helfen, die aufgrund fehlender Bonität keinen Zugang zu den Kreditprogrammen hatten. Auch das Thema Eigenkapitalausstattung im Mittelstand, das angesichts der krisenbedingten Ertragschwäche immer wichtiger wird, steht beim Bundeswirtschaftsministerium auf der politischen Agenda.

Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Dr. Reinhard Kudiß,
r.kudiss@bdi.eu

Bürgschaftsbanken

Studie belegt gesamtwirtschaftlichen Nutzen

Die deutschen Bürgschaftsbanken leisten seit ihrer Gründung einen erheblichen Beitrag zur Sicherung der Kreditversorgung der Unternehmen. Um den Zugang zu Krediten auch für kleine und junge Unternehmen zu erleichtern, hat der Bund den Rückbürgschaftsanteil um zehn Prozentpunkte erhöht. Im Zuge der angespannten Haushaltslage stellt sich die Frage, ob sich die erwirkten Impulse positiv auf die Staatseinnahmen auswirken, so dass zu leistende Ausgaben im Falle einer Inanspruchnahme kompensiert werden können. In einer Modellrechnung hat das Institut für Mittelstandsökonomie der Universität Trier die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Aktivitäten der deutschen Mittelstandsbanken untersucht.

Evaluierung verdeutlicht wirtschaftlichen Gesamtnutzen von Bürgschaftsbanken

- Die Aktivitäten der Bürgschaftsbanken führen zu einem jährlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 3,4 Milliarden Euro.
- Auf dem Arbeitsmarkt schaffen Bürgschaftsbanken damit jährlich 29.500 Arbeitsplätze und reduzieren die Zahl der Erwerbslosen um jährlich durchschnittlich 23.200.
- Durch die positiven Effekte für den Arbeitsmarkt fallen die Sozialversicherungsbeiträge langfristig um durchschnittlich 100 Millionen Euro niedriger aus.
- Durch die Belebung der mittelständischen Wirtschaft fallen Gütersteuern jährlich um 500 Millionen und die Einkommen- und Vermögensteuer durchschnittlich um 500 Millionen Euro höher aus.

Insgesamt verdeutlicht die Studie, dass Bürgschaftsbanken durch die Sicherung der Kreditfähigkeit für den Mittelstand positive Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft erzielen.

Abruptes Ende der Fördermaßnahmen schädigt kleinen und mittleren Unternehmen

Für den Mittelstand werden auch im Jahr 2011 fehlende Sicherheiten ein Hauptgrund für Finanzierungsschwierigkeiten sein. Umso wichtiger bleibt die Tätigkeit der Bürgschaftsbanken. Der BDI setzt sich daher für eine strukturelle Erweiterung ihrer Fördermöglichkeiten ein.

Dazu gehören:

- die Beibehaltung des auf zwei Millionen Euro heraufgesetzten Bürgschaftshöchstbetrages,
- die prozessbeschleunigende Eigenkompetenz für Bürgschaftsentscheidungen bis zu 150.000 Euro,
- die Erhöhung der Solobergrenze von 35 auf 50 Prozent für den Betriebsmittelanteil am Gesamtbiligo für Bürgschaftsbanken,
- die Beibehaltung der bislang befristeten Anhebung der Rückbürgschafts- und Rückgarantiequote um zehn Prozentpunkte.



Bürgschaftsbanken leisten wichtigen Beitrag zur Sicherung der Kreditversorgung. Foto: BDI

Der Politik gelang es zu Beginn der Krise schnell und unbürokratisch, kleinen und mittleren Unternehmen bei Finanzierungsvorhaben unter die Arme zu greifen. Wegen der weiterhin angespannten Finanzierungssituation vieler Unternehmen sollten für die Ende des Jahres auslaufenden Fördermaßnahmen des Wirtschaftsfonds Deutschland gezielte Anschlussregelungen vorgesehen werden.

Der Verband Deutscher Bürgschaftsbanken

Als Interessensverband vertritt der Verband Deutscher Bürgschaftsbanken e.V. (VDB) die 18 Bürgschaftsbanken und Beteiligungsgarantiesellschaften, welche ihren Standort in den einzelnen Bundesländern haben. Der VDB nimmt diese Aufgabe gegenüber den zuständigen Bundesministerien der Wirtschaft und der Finanzen sowie der Bundesanstalt für Finanzaufsicht wahr. Außerdem informiert der VDB Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit über den gesamtwirtschaftlichen Nutzen der Bürgschaftsbanken und des deutschen Bürgschaftssystems. Die im VDB vertretenen Bürgschaftsbanken sind Kreditinstitute die als Selbsthilfeeinrichtungen des Mittelstands agieren. An ihnen sind Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Kammern der Freien Berufe, Wirtschaftsverbände, Innungen, Banken, Sparkassen sowie Versicherungen beteiligt. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Gewährung von Ausfallbürgschaften gegenüber Hausbanken für kurz-, mittel- und langfristige Kredite aller Art.

Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Dr. Reinhard Kudiß,
r.kudiss@bdi.eu

Steuerrecht

BDI legt Mängelliste vor

Der BDI legt eine »Mängelliste des deutschen Steuerrechts« vor. Unternehmen haben wesentliche Vorschriften des Steuerrechts einem Praxistest unterzogen und kritisch hinterfragt. Das Ergebnis hat der BDI an die Vertreter der Politik, Finanzverwaltung und Wissenschaft übersandt. Gleichzeitig hat der BDI Lösungsvorschläge vorgestellt, anhand derer Möglichkeiten zur Nachbesserung aufgezeigt werden.

Ziel Nachbesserung des Steuerrechts, Reduzierung bürokratischer Lasten

Ziel der Zusammenstellung ist, eine Nachbesserung und Weiterentwicklung des Steuerrechts innerhalb des bestehenden Systems anzustoßen. Im Vordergrund steht dabei nicht eine direkte Entlastung der Wirtschaft, sondern eine weitgehend aufkommensneutrale Reduzierung bürokratischer Lasten des Steuerrechts, die im Laufe der letzten Jahre stetig zugenommen haben. Überflüssige Vorschriften, überschießende Tendenzen und Ausnahmen sollten zurückgenommen und unnötige Prüfungs- und Dokumentationspflichten vermieden werden.

In Zeiten hoch verschuldeter öffentlicher Haushalte hat eine haushaltsverträgliche Nachbesserung des Steuerrechts mit dem Ziel der Vereinfachung für die Wirtschaft besondere Priorität. Die Bundesregierung hat durch den Koalitionsvertrag wesentliche Kernbereiche einer Nachbesserung des deutschen Steuerrechts identifiziert. Neben einigen zentralen Vorhaben zu einer strukturellen Fortentwicklung des Steuerrechts wurde insbesondere auch den Einzelmaßnahmen, die einer Vereinfachung des Steuerrechts dienen, eine hohe Bedeutung eingeräumt. Diese Vorgaben des Koalitionsvertrages müssen noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden, um den Wachstumskurs auch steuerpolitisch zu unterstützen.

Ausgewählte Beispiele – Fokus Bürokratieabbau

Ein ausgewähltes Beispiel für einen notwendigen Bürokratieabbau ist die elektronische Rechnung, die in Deutschland aufgrund der hohen bürokratischen Anforderungen (elektronische Signatur) kaum genutzt wird. Die elektronische Rechnung muss vereinfacht und Einsparpotenziale genutzt werden – zugunsten der Unternehmen als auch der Staatskasse. Derzeitige Kosten einer Papierrechnung von sieben bis rund 16 Euro können bei einer elektronischen Rechnung auf rund ein bis zwei Euro reduziert werden.

Ein zentrales Anliegen der Wirtschaft ist auch, die zeitnahe Betriebsprüfung flächendeckend zu verwirklichen. Bisher erstrecken sich Betriebsprüfungen teilweise über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren. Ziel muss sein, einen dreijährigen Regelprüfungsturnus umzusetzen, der spätestens fünf Jahre nach dem ersten Prüfungsjahr abgeschlossen ist. Die Möglichkeit einer freiwilligen zeitnahen Betriebsprüfung muss im Gesetz verankert und Aufbewahrungs- und Festsetzungsfristen sowie Ablaufhemmung verkürzt werden.



Bürokratische Lasten im Steuerrecht reduzieren. Foto: BDI

Im Bereich der Lohnsteuer sind insbesondere eine Vereinfachung der Dienstwagenbesteuerung und des Reisekostenrechts geboten. Durch eine Abschaffung des Zuschlags für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bei gleichzeitigem Wegfall der Entfernungspauschale für Dienstwagennutzer kann ein deutlicher Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet werden. Das geltende steuerliche Reisekostenrecht führt zu hohem bürokratischem Aufwand der Unternehmen bei der Abrechnung von Dienstreisen, insbesondere im lohnsteuerlichen Massenverfahren und muss dringend vereinfacht werden.

Im Bereich des internationalen Steuerrechts müssen die Verhandlungen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung in dieser Legislaturperiode wieder als originäre Standort- und Wirtschaftspolitik genutzt werden. Mit 90 Doppelbesteuerungsabkommen hat Deutschland ein breites DBA-Netz gespannt – für eine exportorientierte Wirtschaft ein unverzichtbarer Standort- und Wirtschaftsfaktor.

Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartnerin:
Dr. Monika Wünnemann,
m.wuennemann@bdi.eu

Ökosteu-erhöhung

Trifft energieintensiven Mittelstand ins Mark

Das Bundesfinanzministerium (BMF) will die Energiesteuern erhöhen. Dadurch würden alle Gesellschaften des Produzierenden Gewerbes zusätzlich belastet – besonders betroffen wären die energieintensiven Unternehmen. Die Industrie läuft Sturm dagegen. Geplante Veränderungen bei der Energie- und Stromsteuer lassen Belastungen der deutschen Industrie um ein Vielfaches steigen.

Folgende Mehrbelastungen im Bereich Energie- und Stromsteuern sieht das BMF vor:

- Anhebung des ermäßigten Steuersatzes von 60 auf 80 Prozent
- Anhebung der Sockelbeträge von 307 Euro beziehungsweise 512 Euro auf 5000 Euro
- Abschmelzen des Entlastungssatzes beim Spitzenausgleich von 95 Prozent auf 85 Prozent in 2011 und auf 65 Prozent in 2012

Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit

»Die Ausnahmen für energieintensive Branchen hat der Gesetzgeber aus gutem Grund geschaffen«, kritisiert BDI-Präsident Hans-Peter Keitel die geplanten Steuererhöhungen. Es sei absolut nicht nachvollziehbar, ausgerechnet an dieser Stelle den Rotstift anzusetzen. Dieser Plan bedrohe den industriellen Kern Deutschlands. Die Unternehmen stehen im weltweiten Wettbewerb. Einseitige nationale Belastungen schwächen die Wettbewerbsfähigkeit und gefährden die Existenz der Unternehmen am Standort Deutschland. Diese Einsicht in die globalen Zusammenhänge erwarte der BDI gerade auch von der jetzigen Bundesregierung. Der energieintensive Mittelstand wird besonders durch eine Erhöhung des ermäßigten Steuersatzes und eine Anhebung der Sockelbeträge getroffen, da nicht jedes Unternehmen auch vom Spitzenausgleich profitieren kann.

Diese zusätzlichen Belastungen haben nichts mehr mit dem »Abbau von Mitnahmeeffekten« zu tun. Dies war das ursprüngliche Ziel von der Bundesregierung, als sie im Juni das Sparpaket verabschiedete. Auch ist es ausdrückliches Ziel der Bundesregierung, die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen nicht noch weiter mit Energiesteuern zu belasten. Gerade der energieintensive Mittelstand muss sich gegenüber einer harten Konkurrenz aus dem Ausland behaupten.

Energie muss bezahlbar bleiben

Die Summe aller staatlich verursachten Belastungen von Strom und Energie hat sich in Deutschland seit 1999 vervierfacht. Neben der hohen Steuerbelastung tragen auch der Emissionshandel, die Kraft-Wärme-Kopplungs-Umlage sowie die Umlage nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hierzu bei. Der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft hat ausgerechnet: Allein durch den starken Ausbau der Photovoltaik steigt die EEG-Umlage von heute rund zwei Cent pro Kilowattstunde auf mindestens 3,5 Cent pro Kilowattstunde im nächsten Jahr.

Wertschöpfungsketten in Deutschland drohen zu reißen

Die Industrie erwirtschaftet rund ein Viertel des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Mit diesem hohen Industrieanteil hält Deutschland in Europa eine Spitzenstellung. Gerade die energieintensiven Grundstoffindustrien – beispielsweise Papier, Chemie, Stahl, Nichteisenmetalle, Glas, Zement, Kalk – stehen am Anfang der industriellen Wertschöpfungsketten. Bereits heute gehören die Strompreise in Deutschland zu den teuersten in Europa. Die Erhöhung der Energiesteuern könnte zu Abwanderungen führen. Eine Verlagerung der energieintensiven Industrien aus Deutschland heraus würde Wertschöpfungsketten zerreißeln und damit eine grundlegende, strukturelle Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschlands gefährden. Daran hängen auch unzählige Arbeitsplätze. Die Energieintensiven stehen für mehr als 870 000 Arbeitsplätze in Deutschland, gerade auch im Mittelstand.

Ökosteu-erhöhung wäre ein Bruch der Klimaschutzvereinbarung

Die vom BMF vorgeschlagenen Mehrbelastungen der Unternehmen bei Energie- und Stromsteuer sind ein Bruch der Klimaschutzvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft. Diese gilt in der jetzigen Fassung noch bis 2012. Die deutsche Wirtschaft hat ihren Teil der Vereinbarung stets eingehalten und die darin zugesagten Treibhausgas-Emissionsminderungen erreicht. Das bestätigten die regelmäßigen Überprüfungen des unabhängigen Rheinisch-Westfälisches Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Im Gegenzug hat sich die Bundesregierung verpflichtet, die Energie- und Stromsteuerbelastung des Produzierenden Gewerbes bis Ende 2012 nicht zu erhöhen. Diese Zusage wurde gesetzlich verankert. Ein einseitiger Bruch dieser Vereinbarung würde einen erheblichen Vertrauensverlust in Zusagen der Bundesregierung bedeuten. Für den Investitionsstandort Deutschland wären dies schlechte Voraussetzungen.

Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartnerin:
Dr. Karoline Kampermann,
k.kampermann@bdi.eu

Gesundheitsmarkt

Wachstumsmarkt bietet Mittelstand gute Chancen

Deutsche Gesundheitsprodukte sind im Inland und Ausland gefragt. Im dynamisch wachsenden Gesundheitsmarkt liegen große Zukunftspotenziale für die deutsche Wirtschaft und neue Perspektiven für den Arbeitsmarkt. Der Mittelstand ist dabei ein wichtiger Träger der Gesundheitswirtschaft. Doch Wachstumsgeschwindigkeit und -intensität im Gesundheitssystem hängen vor allem von erfolgreichen Reformschritten ab. Das aktuelle Vorhaben des Bundesgesundheitsministeriums ist ein guter Ansatz zur Modernisierung, darf aber nicht zu einer überproportionalen Belastung des Mittelstands führen.

Pharmazeutische Industrie ist mittelständisch geprägt

Die Gesundheitsbranche befindet sich - getragen vom medizinisch-technischen Fortschritt, dem demographischen Wandel und dem gestiegenen Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung – seit Jahren in kontinuierlichem Aufwind. Inzwischen ist die Gesundheitswirtschaft mit etwa fünf Millionen Beschäftigten und einem Beitrag von mehr als zehn Prozent zur Bruttowertschöpfung die stärkste Branche der deutschen Volkswirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen tragen einen bedeutenden Anteil an dieser Entwicklung. Vor allem die pharmazeutische Industrie ist mittelständisch geprägt: Über 90 Prozent der deutschen Pharmafirmen beschäftigen weniger als 500 Mitarbeiter, 70 Prozent sogar weniger als 100 Mitarbeiter. Aber auch in der Medizintechnik sowie bei Gesundheitsdienstleistungen sind Mit-



Gesundheitsbranche ist im Aufwind. Foto: BDI/fotolia(NiDerLander)

telständler engagiert. Besondere Chancen bietet infolge des zunehmenden Gesundheitsbewusstseins vor allem der so genannte »Zweite Gesundheitsmarkt« außerhalb des Bereichs der Gesetzlichen Krankenversicherung. Dazu gehören unter anderem die nicht verschreibungspflichtigen Medikamente, Nahrungsmittel mit medizinischem Zusatznutzen, Sport- und Wellnessangebote, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen.

Reformvorhaben der Bundesregierung gefährden Innovationstempo

Angetrieben vom medizinisch-technischen Fortschritt zeichnet sich die Gesundheitsbranche durch ihre besondere Innovationskraft aus. So investieren zum Beispiel die medizinisch-technischen Unternehmen durchschnittlich neun Prozent ihres Umsatzes in Forschung und Entwicklung, ermittelte Deutsche Bank Research*; bei den forschenden Pharmafirmen sind es sogar 13 Prozent des Umsatzes: Beide Werte liegen deutlich über dem Schnitt im Verarbeitenden Gewerbe bei vier Prozent. Entscheidend ist, ob dieses Innovationstempo beibehalten werden kann. Einige Maßnahmen aus dem aktuellen Reformvorhaben der Bundesregierung könnten sich hier insbesondere für den Mittelstand problematisch auswirken.

Das bereits in Kraft getretene Gesetz zur Änderung krankensicherungsrechtlicher und anderer Vorschriften (GKV-Änderungsgesetz) sieht unter anderem für Pharmahersteller eine Erhöhung des Zwangsrabatts auf alle festbetragsfreien Medikamente von sechs auf 16 Prozent vor. Zugleich werden die Preise bis Ende 2013 auf dem Stand vom 1. August 2009 eingefroren. Darüber hinaus verlangt die Kosten-Nutzen-Bewertung umfangreichere Studien, die über die Zulassungsvoraussetzungen hinausgehen. Diese Maßnahmen belasten vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Hier muss gegengesteuert werden, zum Beispiel durch die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung.

Gesundheitssystem durch lohnunabhängige Beiträge stabilisieren

Auch die Erhöhung des Arbeitgeberanteils zur Krankenversicherung bedeutet vermehrte Aufwendungen für die Unternehmen. Als Teil des Reformvorhabens werden auch die Bürger zukünftig gefordert, Gesundheitsleistungen zunehmend eigenständig zu finanzieren. Dies dient der Konsolidierung der Einnahmenseite der Gesetzlichen Krankenversicherung. Mit der »Entdeckung der Zusatzbeiträge« legt die Bundesregierung den Grundstein für ein Prämienmodell. Lohnunabhängige Beiträge, ob in Form einer Prämie, Teilprämie oder als weiterentwickelter Zusatzbeitrag, sind ein Schritt zur Stabilisierung und Modernisierung des Gesundheitssystems. Darüber hinaus erlauben sie durch ihre höhere Flexibilität mehr Wachstum im Interesse der Patienten, der Versicherten und nicht zuletzt unserer Volkswirtschaft.

Weitere Informationen finden Sie hier.

Ansprechpartnerin:
Cora Orlamünder,
c.orlamuender@bdi.eu

*Deutsche Bank Research, »Gesundheitswirtschaft im Aufwind«, Mai 2010

Telekommunikationspolitik

Cloud Computing – Erfolgsfaktor für den Mittelstand

Mehr Flexibilität und Qualität in der Informationstechnologie bei weniger Kosten – diesen Vorteil für Unternehmen verspricht ein aktueller Trend der IKT-Branche: Cloud Computing. Gemeint ist die bedarfsgerechte Bereitstellung und Abrechnung von IT-Leistungen wie Software und Rechenleistung als Echtzeitservice über das Internet. Gerade der Mittelstand kann enorm profitieren.

Kosten- und Qualitätsvorteile für Unternehmen

Investitionskosten für unternehmenseigene Computer und Rechenzentren könnten bald deutlich sinken. Der Grund: IT-Infrastrukturen wie Speicher- und Netzwerkkapazitäten sowie Betriebssysteme können zunehmend als On-Demand-Service über das Internet bezogen werden. Daten und Anwendungen des Unternehmens liegen dann in Rechenzentren so genannter Cloud-Computing-Anbieter. Das Unternehmen zahlt dem Anbieter nur für die IT-Leistung, die es tatsächlich bezieht. Eine Wartung von Technik und aufwändige Software-Updates entfallen, zusätzlich sinken Energieverbrauch und –kosten nachhaltig.

Wichtigster IKT-Trend für 2010

Weitere Vorteile dieses »wichtigsten IKT-Trends für das Jahr 2010« liegen nach dem 29. Branchenbarometer des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) auf der Hand: Junge Unternehmen können Geschäftsideen ohne fixe IT-Investitionen schneller umsetzen. Mittelständische und große Unternehmen können ihre schwankenden IT-Bedarfe anpassen und Auslastungsspitzen kostengünstig abfedern.

Chance zur Kundenbindung

Mit der Vernetzung in einer »Wolke« lassen sich auch Geschäftsprozesse der Unternehmen neu und effizienter organisieren sowie Beziehungen zu Kunden oder Kooperationspartnern enger ausgestalten. Je nach Bedürfnis und Eigenschaft der Nutzer wird zwischen einer Private Cloud und Public Cloud unterschieden: In der Private Cloud ist der Zugang auf Geschäftspartner und Kunden eines Cloud-Anwenders beschränkt, während bei einer Public Cloud ein IT-Anbieter variable »Pay per use«-Dienste für eine unbegrenzte Anzahl von Unternehmen zur Verfügung stellt.

Dieser neuen Technologie werden enorme Chancen vorausgesagt. Von etwa 35 Milliarden Euro im Jahr 2008 soll das Marktvolumen bis zum Jahre 2013 auf weltweit 118 Milliarden Euro steigen. Gleichwohl gibt es in Deutschland noch deutliche Zurückhaltung. Der Mittelstand nutzt die Chancen der Auslagerung von IT-Infrastrukturen noch selten. Die Gründe liegen an Fragen zu Datenschutz und Datensicherheit, der Qualitätssicherung sowie Integrationsfähigkeit mit bestehenden IT-Systemen.



Durch leistungsfähige IT-Infrastruktur ermöglicht: Cloud Computing
BDI/fotolia (Thierry Burot)

Geplantes Aktionsprogramm

Um die Markt- und Innovationspotenziale dieser Technologie zügig zu erschließen, offene Fragen anzugehen und diesen wichtigen Zukunftstrend auch in Deutschland zu nutzen, arbeitet der BDI derzeit mit weiteren Akteuren unter dem Dach des Bundeswirtschaftsministeriums an einem Aktionsplan. Dieser wird im Oktober 2010 veröffentlicht und nimmt Stellung zu wichtigen Entwicklungen des Cloud Computings: Eine Betrachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen, Hinweise zu Standardisierung und Sicherheitszertifikaten sowie Informationsleitfäden sollen Klarheit schaffen für die künftige Nutzung von Cloud-Computing.

Am 8. und 9. September wird sich zudem das *Entscheiderforum Outsourcing* unter der Schirmherrschaft des BDI mit dem Thema beschäftigen.

Den Leitfaden des BDI-Mitgliedverbands BITKOM zum Thema können Sie *hier* abrufen.

Ansprechpartner:
Dr. Michael Littger,
m.littger@bdi.eu

Soziale Verantwortung

»Ethiknorm« für unternehmerische Initiativen soll kommen

Mittelständler müssen mit mehr Verwaltungsaufwand rechnen. Die Internationale Organisation für Normung (ISO) will voraussichtlich im Dezember 2010 die Sozialnorm »ISO 26000« verabschieden. Diese soll für Organisationen jeglicher Art der Standard für gesellschaftliche Verantwortung werden.

Das von der internationalen Normungsorganisation ISO getragene Projekt einer Vernormung von CSR-Sozialstandards »ISO 26000 - Guidance on social responsibility« befindet sich im letzten Entwurfsstadium. Diese Norm wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit im Dezember 2010 als Vollnorm (Guidance) verabschiedet werden. Die deutsche Wirtschaft hat das Projekt mit grundsätzlicher konstruktiver Kritik begleitet.

Das Ergebnis wird eine Norm sein, die Unternehmen, gerade mittelständischen sowie multinationalen, in vielerlei Hinsicht Schwierigkeiten bereiten wird. Dies betrifft in erster Linie Fragen der Relevanz, der Verständlichkeit und der Zertifizierung. Gerade das Stichwort Zertifizierung löst in der Wirtschaft große Befürchtungen aus. Es ist bereits absehbar, dass diese Norm einen Schub an Zertifizierungsangeboten auslösen wird, obwohl sie hierfür expressis verbis nicht vorgesehen ist. Wenn aber Unternehmen vom Markt gezwungen werden, ihr Handeln auf Verträglichkeit mit einem Standard hin bewerten zu lassen, der keinen einer Konformitätsbewertung zugänglichen Sachverhalt enthält, sind unweigerlich Wettbewerbsverzerrungen größeren Ausmaßes zu befürchten. Dies wird vor allem kleinere Unternehmen treffen, die noch keine Gelegenheit hatten, einen umfassenden Code of Conduct zu etablieren.

Betroffen werden aber auch Unternehmen sein, die bereits über Jahre hinweg ein eigenes Instrument entwickelt haben und es erfolgreich anwenden. Denn wenn die Lieferkette nach einem »ISO-26000-Zertifikat« ruft, werden solche aufwändig erstellten Produkte einer firmeninternen Evolution auf den Prüfstand kommen und möglicherweise ersetzt werden müssen.

Pilotstudie mit der Humboldt-Universität Berlin

Vor diesem Hintergrund macht der BDI gemeinsam mit der Humboldt-Universität Berlin eine Pilotstudie und untersucht die Anwendbarkeit von ISO 26000 anhand von Testläufen mit ausgesuchten Unternehmen unter realen Praxisbedingungen. Die bisherigen, eher hypothetischen oder theoretischen Beurteilungen von ISO 26000 sollen dabei durch empirische Erkenntnisse untermauert werden. Eine fundierte Abschätzung der Implikationen der entstehenden etwa 100-seitigen Norm ist aufgrund ihrer Komplexität und dem Abstraktionsgrad einiger Kapitel – etwa dem Menschenrechtskapitel – ohne einen konkreten Praxisversuch kaum möglich. Insbesondere die Anwendbarkeit für mittelständische Unternehmen ist schwer abzuschätzen.

Der BDI kann durch die Pilotstudie seine wirtschaftspolitischen Positionen zu ISO 26000 besser fundieren und die BDI-Mitglieder über zukünftige Chancen und Risiken sowie Herausforderungen und Lösungsansätze im Umgang mit ISO 26000 aufklären.

Die an der Pilotstudie teilnehmenden Unternehmen profitieren von einer kostenlosen Einführung in den künftigen Standard und von der frühzeitigen Auseinandersetzung mit den Implikationen des Standards für das eigene Unternehmen. Die Ergebnisse der Organisationsanalyse können im Rahmen der Organisationsentwicklung, des strategischen CSR-Managements, aber auch des Risiko- und Compliance Managements sowie des Marketings genutzt werden. Durch die zeitige Auseinandersetzung mit ISO 26000 entstehen ein Wettbewerbsvorsprung und die Möglichkeit der frühzeitigen Positionierung am Markt.

Die Ergebnisse der Studie werden anonymisiert und dem BDI in Form eines Management Reports zur Verfügung gestellt.

Workshop »ISO 26000« am 26.11.2010

Der BDI wird in Zusammenarbeit mit Normungsexperten und anderen am 26. November 2010 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin etwa 100 interessierten Teilnehmern einen ersten Workshop anbieten, um praktische Lösungen im Umgang mit dieser Norm herauszuarbeiten. Ziel ist es, Unternehmen in die Lage zu versetzen:

- den Norminhalt ohne externe Beratungsleistung verstehen zu können
- die eigene Betroffenheit besser beurteilen zu können
- Handlungsoptionen aufgezeigt zu bekommen
- in Austausch mit anderen Akteuren und Unternehmen zu treten.

Die Pilotstudie macht den Teil des Programms aus, der den greifbaren Mehrwert dieser Veranstaltung darstellt. Zusammengefasst geht es dabei um eine Projektion, wie Unternehmen mit ISO 26000 umgehen werden. Das Ergebnis der Pilotstudie wird auf dem Workshop vorgestellt.

Ansprechpartner/in:

Oliver Schollmeyer/Inga Stein-Barthelmes

o.schollmeyer@bdi.eu

i.stein-barthelmes@bdi.eu

Europa-GmbH

Für den Mittelstand auf der Zielgeraden?

Der europäische Mittelstand fordert seit langem eine EU-weite einheitliche Rechtsform zur Erleichterung grenzübergreifender Aktivitäten und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gründung einer Tochtergesellschaft im EU-Ausland ist schwierig und mit hohen Kosten verbunden. Potenzielle Kunden misstrauen oft ausländischen Rechtsformen, daher wählen die Unternehmer normalerweise eine ortsübliche Rechtsform. Allerdings ist diese mit hohen Kosten für die Rechtsberatung und Gründung vor Ort verbunden.

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des »Small Business Act« zur Unterstützung von mittelständischen Unternehmen einen Entwurf für ein Statut für die Europäische Privatgesellschaft (Europa-GmbH) vorgelegt. Allerdings gibt es noch Unstimmigkeiten, die das geplante in Kraft treten zum 1. Juli 2010 verhinderten. Hoffnungen werden aber in die belgische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2010 gelegt.



Die neue Rechtsform der »Europa-GmbH« stellt für den Mittelstand eine gute Lösung dar. Foto: BDI/fotolia (Sven Hoppe)

Ökonomische Bedeutung der Europa-GmbH

Von allen exportierenden deutschen Unternehmen sind 98 Prozent dem Mittelstand zuzuordnen. Mehr als 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU-27, zehn Prozent in das restliche Europa und die verbleibenden 30 Prozent verlassen Europa. Der europäische Binnenmarkt ist gerade für den Mittelstand von großer Bedeutung. Viele Mittelständler, die dauerhaft Geschäfte im europäischen Ausland machen, nehmen bei Schwierigkeiten auf Grund der Rechtsform eine Rechtsberatung in Anspruch. Die entstehenden Kosten sind hoch und liegen oft über 5.000 Euro. Die Europa-GmbH als einheitliche Rechtsform für den Mittelstand stellt eine gute Lösung dar. Die Konzernstrukturen werden europaweit einheitlich gestaltet und sind transparenter gegenüber den Handelspartnern. Ein weiterer Vorteil liegt in der Senkung der Transaktionskosten und in der Stärkung und weiteren Integration des europäischen Binnenmarktes.

Entwurf der Europäischen Kommission

Die Europa-GmbH soll wie die deutsche GmbH eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung sein. Die Gründung kann durch Umwandlung, Verschmelzung oder Spaltung erfolgen. Sie wird einstufig durch das Registergericht oder durch eine notarielle Beglaubigung kontrolliert. Das Mindeststammkapital hat den symbolischen Wert von einem Euro. Die Hauptniederlassung und der Sitz der Europa-GmbH können in zwei unterschiedlichen Ländern sein. Die Anteile werden nicht öffentlich gehandelt. Die genauen Bedingungen der Anteilsübertragungen regelt die Satzung. Die Unternehmen haben bei der Gestaltung der Satzung und des Aufbaus der Europa-GmbH große Spielräume, es soll aber von der Europäischen Kommission eine Mustersatzung angeboten werden, um die Kosten zu reduzieren. Die Europa-GmbH kann dualistisch oder monistisch geführt werden und Ausschüttungen sind nur nach vorherigem Bilanztest möglich.

Die Arbeitnehmermitbestimmung ist abhängig vom Sitz der Europa-GmbH. Der Sitz kann innerhalb der Europäischen Union frei verlegt werden. Allerdings ist zu beachten, dass wenn im Aufnahmeland die Mitbestimmungsstandards geringer sind, als im Herkunftsland, dann muss eine Einigung getroffen werden zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmervertretung. Kann keine Einigung erzielt werden, gelten weiterhin die Regeln des Herkunftslandes.

Europa-GmbH: Gut für den Mittelstand

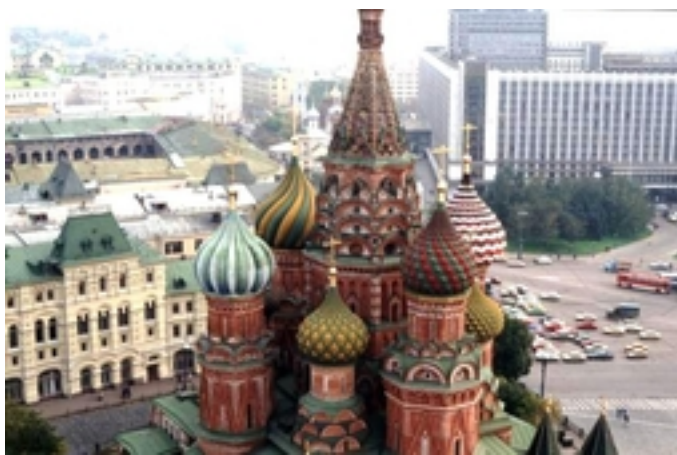
Der BDI begrüßt die Einführung einer Europa-GmbH. Die Einrichtung einer europaweiten einheitlichen Rechtsform senkt die Kosten für Mittelständler, die im europäischen Ausland tätig sind. Ein weiterer Vorteil liegt in der Rechtssicherheit. Die Europa-GmbH würde das Ziel, den europäischen Binnenmarkt zu fördern, einen großen Schritt weiter bringen. Der ökonomische Mehrwert, den eine sinnvoll ausgestaltete Europa-GmbH unbestritten bringen könnte, sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden. Es ist zu hoffen, dass die geplante intensive Befassung der belgischen EU-Ratspräsidentschaft mit der Europa-GmbH zu einer annehmbaren Verordnung und zur endgültigen Einigung noch 2010 führt.

Ansprechpartnerin:
Inga Stein-Barthelmes
i.stein-barthelmes@bdi.eu

Russland

Deutschland muss Position als Modernisierungspartners ausbauen

Eines der wichtigsten Themen in den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ist die Förderung des Mittelstandes in Russland. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft organisiert in Kooperation mit der Deutsch-russischen Außenhandelskammer und dem russischen Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung bereits zum vierten Mal eine Deutsch-Russische Mittelstandskonferenz, die in diesem Jahr im Herbst in Moskau stattfinden wird.



Deutschlands Position als Modernisierungspartner der russischen Industrie muss weiter ausgebaut werden. Foto: BDI/fotolia (bluemap)

Ziel der Konferenz soll es sein, Direktkontakte zwischen dem deutschen und russischen Mittelstand herzustellen und gemeinsame neue Wege und konkrete Projekte für eine erfolgreiche Mittelstandsförderung zu identifizieren. Schwerpunkt der diesjährigen Konferenz soll auf der Kooperation von Großunternehmen mit mittelständischen Unternehmen liegen, wobei insbesondere die Bereiche Gesundheitswirtschaft, Hochtechnologien, Automobilwirtschaft und Energietechnik sowie das Thema »Weiterbildung in Russland als strategisches Investment« diskutiert werden.

Das stärkere Engagement des deutschen Mittelstandes und der Aufbau funktionierender mittelständischer Strukturen in Russland sind das Schlüsselthema für die Nachhaltigkeit des russischen Modernisierungsprozesses.

Ost-Ausschuss beteiligt sich erfolgreich an deutsch-russischen Regierungskonsultationen

Mit einer großen Delegation aus sechs Bundesministern und 15 Wirtschaftsvertretern reiste Bundeskanzlerin Angela Merkel am 14. und 15. Juli 2010 zu den deutsch-russischen Regierungskonsultationen nach Jekaterinburg. Ein deutsch-russisches Unternehmergespräch ergänzte in diesem Jahr die jährlichen Konsultationen auf Ministerebene. Der Ost-Ausschuss bereitete dieses auf deutscher Seite vor. Auch Bundeskanzlerin Merkel und der russische Staatspräsident Dmitri Medwedew nahmen daran teil.

Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Klaus Mangold leitete die deutsche Wirtschaftsdelegation. Auf russischer Seite koordinierte Severstal-Generaldirektor Aleksej Mordaschow das Gespräch. Die Diskussteilnehmer von beiden Seiten bezeichneten die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen trotz der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise als verlässlich und erfolgreich. In Jekaterinburg wurden Verträge mit deutschen Unternehmen in Milliardenhöhe unterzeichnet. Dennoch gibt es weiterhin ungenutztes Potenzial für gemeinsame Wirtschaftsprojekte. Deutschland müsse seine Position als Modernisierungspartner der russischen Industrie weiter ausbauen, forderte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Mangold im Gespräch mit Präsident und Kanzlerin. Dies gelte vor allem für die Bereiche Energieeffizienz, Automobil, Medizintechnik, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft.

Modernisierung der russischen Wirtschaft

Vor allem in der Hochtechnologie wollen Russland und Deutschland künftig stärker kooperieren. Wichtig sei hier auch die Verknüpfung von Forschung mit wirtschaftlich erfolgreicher Umsetzung, wie sie die deutsche Fraunhofer-Gesellschaft leiste, betonte Mangold. Präsident Medwedew verwies ausdrücklich auf seine Pläne zur Modernisierung der russischen Wirtschaft und forderte deutsche Firmen auf, sich daran zu beteiligen. Deutschland sei noch vor Frankreich, Italien und den USA der zentrale Partner bei der Modernisierung seines Landes. Als Beispiel nannte Medwedew die geplante Innovationsstadt Skolkowo, die angelehnt an das amerikanische Silicon Valley in der Nähe von Moskau entstehen soll.

Mit Blick auf die neue Zollunion von Russland, Weißrussland und Kasachstan forderte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Mangold transparente Regeln für deutsche Unternehmen ein und äußerte die Hoffnung, dass durch die Zollunion keine neuen Handelshemmnisse entstehen würden. Medwedew versicherte, hier ein verlässlicher Partner zu sein.

Schwierigkeiten gibt es weiterhin in der Visa-Frage: Die noch bestehenden Beschränkungen im deutsch-russischen Personenverkehr seien ein »Ärgernis«, kritisierte Mangold. Er bat die Bundeskanzlerin, hier aktiver auf den Meinungsbildungsprozess innerhalb der EU einzuwirken und sich für gegenseitige Visa-Freiheit einzusetzen. Auch Medwedew betonte, dass eine vollwertige Partnerschaft mit Deutschland und der EU ohne eine Liberalisierung der Visa-Bestimmungen nicht möglich sei. Merkel kündigte an, Deutschland werde sich für Erleichterungen einsetzen, schränkte jedoch ein, dass Deutschland hier von der EU abhängt: »Eine vollkommene Visa-Freiheit wird es so schnell nicht geben. Aber wir setzen uns dafür ein, dass es Erleichterungen zumindest für den Wirtschaftsbereich gibt.«

Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartnerin:
Dr. Christiane Schuchart,
c.schuchart@bdi.eu

Brasilien

Mittelstandsfreundlicher Partner Deutschlands

Brasilien befindet sich im Fokus der Weltwirtschaft und die deutsche Industrie bringt gute Voraussetzungen mit, um die Wirtschaftsbeziehungen mit Brasilien zu intensivieren. Die deutsche Industrie hat mit der Einrichtung eines Brazil Board beim Bundesverband der Deutschen Industrie schnell darauf reagiert. Vorsitzender des BDI Brazil Board ist EADS-Vorstand Stefan Zoller.

In Brasilien herrscht großer Optimismus und die staatlichen und privaten Investitionsprojekte der nächsten Jahre sind ehrgeizig. Das Land rechnet für 2010 bereits wieder mit einem Wachstum von über sechs Prozent. Für ein nachhaltiges Wachstum ist jedoch ein schneller gezielter Ausbau von Infrastruktur und Schlüsselindustrien gefragt. Dadurch bieten sich dem deutschen Mittelstand quer durch alle Branchen Geschäftschancen.



Deutschland und Brasilien verbindet eine langjährige, vertrauensvolle Partnerschaft. Foto: BDI/fotolia (Liane M/Arnd Drifte)

Besondere Schwerpunkte bilden im Hinblick auf die Fußball-WM 2014 und die Olympischen Spiele 2016 die Bereiche Infrastruktur, Logistik, Energie und Sicherheit. Deutschland hat mit nachhaltigen Produkten, neuen Spitzentechnologien und innovativen Lösungen eine gute Ausgangslage im Vergleich zu anderen Ländern. Hinzu kommen noch Deutschlands Erfahrungen durch die Ausrichtung der Fußball-WM 2006.

Brasilien im Fokus der Weltwirtschaft

Für die deutsche Industrie ist Brasilien nach wie vor ein wichtiger Partner. Deutsche Unternehmen sind bereits seit langem in Brasilien präsent und leisten einen Beitrag zur Entwicklung des Landes. Viele der 1.200 deutschen Unternehmen in Brasilien mit insgesamt über 250.000 Mitarbeitern können auf eine jahrzehntelange Tradition im Lande zurückblicken. Daraus resultiert eine Verbundenheit mit Brasilien, mit der auch Krisenzeiten überstanden werden konnten. Deutsche Unternehmen erhielten ihr Engagement aufrecht.

Brasilien befindet sich momentan im Fokus der Weltwirtschaft und gerade die deutsche Industrie hat gute Voraussetzungen, um die Wirtschaftsbeziehungen mit Brasilien zu intensivieren. Die Impulse dafür werden über die mittelstandsfreundliche Entwicklung von strategischen Partnerschaften gesetzt. Präsident Luiz Inácio Lula hat während seines Besuches in Berlin und Hamburg am 3. und 4. Dezember 2009 die deutsche Wirtschaft zu einem noch stärkeren Engagement in Brasilien ermuntert. Diese Einladung stieß auf ein positives Echo: die deutsche Industrie hat mit der Einrichtung eines Brazil Board beim BDI schnell darauf reagiert. Vorsitzender des BDI Brazil Board ist Stefan Zoller, EADS-Vorstand.

Das BDI Brazil Board soll die bilaterale Kooperation vertiefen und eine Plattform für den Dialog zwischen Partnern aus Politik und Wirtschaft beider Länder bieten. Darüber hinaus initiiert und unterstützt das Brazil Board Veranstaltungen und Reisen sowohl für deutsche Unternehmen als auch für brasilianische Unternehmen.

WinWin 2014/2016

Vor diesem Hintergrund haben Industrievertreter auch das Projekt »WinWin 2014/2016« ins Leben gerufen. Sie gründeten die Initiative mit dem Ziel, deutsche Unternehmen – speziell mittelständische Unternehmen – bei der Beteiligung an Projekten für die anstehenden sportlichen Großereignisse in Brasilien zu unterstützen.

In einer groß angelegten Abfrage ermittelte die Initiative die Interessen- und Kompetenzschwerpunkte deutscher Unternehmen. Hierbei legten sie auf die Erfahrungen bei Großereignissen der letzten Jahre besonderen Wert.

So fanden unter anderem Beachtung:

- die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland,
- die Fußball-Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz sowie
- die Beteiligung deutscher Firmen an zahlreichen Projekten für die Asian Games in Doha und
- die Olympischen Spiele in Peking,
- aktuell die Expo in Shanghai und die Fußball-WM in Südafrika.

Deutsche Unternehmen mit Leistungsangeboten für 2014 und 2016 haben die Möglichkeit, sich im Projekt WinWin zu engagieren.

Weiter Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Rafael Haddad Magnocavallo,
r.haddadmagnocavallo@bdi.eu

Ägypten

Modernisierung für deutschen Mittelstand interessant

Vom 12. Juni bis 15. Juni 2010, reiste BDI Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf mit Bundesminister Dirk Niebel nach Ägypten, um dort mit ägyptischen Vertretern von Politik und Wirtschaft zusammenzutreffen. Bei bilateralen Gesprächen mit den ägyptischen Ministern für Energie und Industrie standen vor allem der Ausbau der deutsch-ägyptischen Wirtschaftsbeziehungen in den Bereichen Energie und Infrastruktur im Mittelpunkt.

Ägypten ist für Deutschland der dritt wichtigste Handelspartner im arabischen Raum und Schwerpunkt der BDI-Regionalarbeit. Trotz der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise konnte Ägypten im Jahr 2008/2009 ein Wirtschaftswachstum von 4,7 Prozent erzielen. Für das laufende und kommende Fiskaljahr prognostiziert der Internationale Währungsfonds ein reales Wachstum von fünf Prozent beziehungsweise 5,5 Prozent. Die positive Entwicklung ist zum einen auf die Einnahmen aus Tourismus und Suezkanal, zum anderen auf die starke Entwicklung der Verarbeitenden Industrie und der Bauwirtschaft zurückzuführen.



Von der stabilen Entwicklung Ägyptens konnten auch die deutschen Exporte profitieren. Foto: BDI/fotolia (Zsolt Nyulaszi)

Nach einer Steigerung der Ausfuhren in 2008 um 28 Prozent auf 2,7 Milliarden Euro präsentierten sie sich mit einem Rückgang von lediglich -2,5 Prozent als überdurchschnittlich stabil, verglichen mit einem Rückgang der deutschen Gesamtexporte von -17,8 Prozent.

Um die negativen Effekte der globalen Krise abzumildern und die Lücke zu schließen, die durch den Rückgang der privaten inländischen und ausländischen Direktinvestitionen entstanden ist, legte die ägyptische Regierung 2009 und 2010 Konjunktur-

programme im Gesamtvolumen von rund 4,3 Milliarden Euro auf. Die zusätzlichen Finanzmittel werden vor allem für die Beschleunigung bestehender und in die Entwicklung neuer Infrastrukturprojekte investiert, unter anderem in den Bereichen Wasser- und Abwasser, Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikation sowie im Energiesektor.

Ägypten weitet seine Stromerzeugungskapazitäten erheblich aus

Geplant sind sowohl der Bau von Gaskraftwerken als auch der Ausbau der erneuerbaren Energien, wobei der Anteil der Erneuerbaren an Ägyptens Stromerzeugung bis 2010 auf 20 Prozent wachsen soll. Da deutsche Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette Weltmarkt- und Innovationsführer in Energie- und Umwelttechnologien sind, sieht BDI Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf gerade in diesem Bereich gute Anknüpfungspunkte.

»Ich bin davon überzeugt, dass auch das Leistungsangebot deutscher Unternehmen sehr gut zur Nachfrage der sich entwickelnden ägyptischen Volkswirtschaft passt«, so BDI Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf. Es geht darum »win-win Situationen zu schaffen«. Dabei begrüßt er die Bestrebungen der ägyptischen Regierung ein neues Public Private Partnership-Gesetz zu verabschieden und fordert gleichzeitig, die Privatwirtschaft frühzeitig und umfassend in Initiativen und Projekte einzubinden.

Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartnerin:
Cynthia Foly
c.foly@bdi.eu

Peru und Chile

Gute Aussichten für deutsche Baufirmen

Insbesondere durch das Ende Februar abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Peru eröffnen sich in Zukunft mehr und neue Exportmöglichkeiten für deutsche Unternehmen. Chile ist durch seine stabile politische Lage und die geringe Korruptionsrate aus deutscher Sicht schon lange ein verlässlicher und interessanter Wirtschaftspartner. Vor diesem Hintergrund fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) eine Informations- und Kontaktveranstaltung vom 9. bis 16. Oktober 2010 zur Sondierung der Marktsituation in beiden Ländern.

Peru: Wirtschaftswachstum trotz Krise

Auch im Krisenjahr 2009 konnte Peru ein Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent verzeichnen. Für 2010 und 2011 sind die Aussichten noch besser und Experten vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank rechnen mit einem Wachstum von 4,5 Prozent und mehr. Grund für diese verbesserte Wirtschaftslage ist die Stabilisierung der Export- und Binnenanfrage sowie eine beispielhafte Steuerpolitik. Auch der geschickte Einsatz eines Stimulationspaketes erwies sich als erfolgreiche Strategie während der globalen Krise.

Eine besondere Dynamik und positive Entwicklung wird der Baubranche in Peru prognostiziert. Neben dem Bergbau gehört der Bausektor zu den stark wachsenden Bereichen der peruanischen Wirtschaft und bietet gute Möglichkeiten für Investitionen. Staatliche Wohnungsbau-Programme werden im Rahmen des »Fondo Mivienda« unterstützt, der vergünstigte Darlehen für Renovierungen und Immobilienkauf beinhaltet. Im öffentlichen Sektor besteht laut des Bauverbandes »Cámara Peruana de la Construcción (CAPECO)« nach wie vor großer Bedarf – insbesondere für den Ausbau der Infrastruktur sowie die Schaffung von hochwertigem Büroraum und touristische Einrichtungen wie Hotels sind in den nächsten Jahren Investitionen geplant. Hier bieten sich besonders ausländischen Unternehmern gute Chancen für den Absatz von Material und Maschinen aber auch für ein Engagement im Rahmen von Joint Ventures.

Chile – solider Standort und Plattform für Investitionen

Chile gilt aufgrund der guten Rahmenbedingungen – konstantes Wachstum, Haushaltsdisziplin, geringe Inflation und die konsequente Liberalisierung der Wirtschaft – als »sicheres Pflaster« und zuverlässiger Partner für ausländische Unternehmen. Aktuell geht die chilenische Regierung von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von rund fünf Prozent bis 2013 aus. Dabei profitiert insbesondere die Baubranche von der Erholung der globalen Konjunktur, indem Investoren wieder verstärkt die Realisation von Großprojekten angehen.

Für das Baugewerbe in Chile steht der soziale Wohnungsbau im Vordergrund: Neben der Etaterhöhung für das zuständige Ministerium für Wohnungs- und Städtebau (MINVU) investiert Chile aber auch in den systematischen Ausbau der Infrastruk-



Foto: BDI/fotolia (soleg)

ur. In diesem Zusammenhang führt die öffentliche Hand das »- Programa de Infraestructura para la Competitividad« durch, für das insgesamt Ausgaben in Höhe von 2,2 Milliarden US Dollar veranschlagt sind. Darüber hinaus sieht der Plan Conectividad de Chiloé bis einschließlich 2012 den Bau von Häfen und Flughäfen zum besseren Anschluss der Insel Chiloé ans Festland vor. Des Weiteren existiert ein Programm zur Instandhaltung und Verbesserung vorhandener sowie zum Bau zusätzlicher Brücken – generell rechnet der Fachverband »Asociación de Concesionarios de Obras de Infraestructura Pública« damit, dass im Bereich der Verkehrsinfrastruktur bis 2015 mindestens 4,5 Milliarden US\$ in die Expansion investiert werden.

Geschäftsmöglichkeiten vor Ort sondieren

Vor diesem Hintergrund und im Auftrag und mit Finanzierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und von Germany Trade & Invest (gtai) findet vom 9. bis 16. Oktober 2010 eine Informations- und Kontaktveranstaltung nach Peru und Chile statt. Den teilnehmenden deutschen Unternehmen soll während der Delegationsreise die Möglichkeit geboten werden, den chilenischen und peruanischen Markt aus erster Hand kennenzulernen und mit potenziellen Geschäftspartnern und Auftraggebern Kontakt aufzunehmen. Der Austausch von Know-how, die Präsentation von Produkten und Lösungen sowie persönliche Kontakte und Gespräche mit Unternehmen, Gremien und Dienststellen sind ebenfalls wichtige Bestandteile des Reiseprogramms.

Weitere Informationen und den Link zur Anmeldung finden Sie *hier*.

Spezial

Drei Fragen an Heinz-Paul Bonn



1. Wo steht Ihr Unternehmen heute und wo wollen Sie es in zwei Jahren sehen?

Die GUS Group ist heute ein führender Anbieter für Unternehmenslösungen in der Prozessindustrie im deutschsprachigen Raum. Derzeit fahren wir einen klaren Kurs zur Internationalisierung unseres Lösungsangebots. In zwei Jahren wollen wir in Nordamerika und in der EU erkennbare Marktanteile gewonnen haben. Wir sehen hier vor allem dadurch Expansionsmöglichkeiten, dass wir unsere Software global über das Internet bereitstellen und auch pflegen und aktualisieren. Damit können wir vom Standort Köln sowohl Kunden in Nordamerika betreuen als auch in der EU. Später – aber das ist eine Perspektive über die kommenden zwei Jahre hinaus – werden wir auch in den für die Prozessindustrie immer wichtiger werdenden Ländern Asiens, vor allem China und Indien, über die Cloud aktiv werden.

2. Angenommen Sie treffen die Bundeskanzlerin. Mit welchen Argumenten tragen Sie Ihre wichtigsten wirtschaftspolitischen Anliegen vor?

Was ich der Bundeskanzlerin zu sagen habe, passt in den Chor aller Interessensvertreter des Mittelstands: Wir erwarten vor allem mehr Engagement bei der Senkung der Bürokratielasten. Hier sind mittelständische Unternehmen stärker betroffen als beispielsweise Konzerne oder Privatpersonen. Die Bundesregierung bekundet hier zwar seit Jahren – beginnend mit der rot-grünen Koalition – ihren Eifer; uns geht der Abbau von Bürokratie aber bei weitem nicht konsequent und schnell genug. Der Aufwand beispielsweise, um einer Berichtspflicht nachzukommen, für die sich die Behörden tatsächlich nur selten interessieren, ist unerträglich hoch.

Als Vertreter der IT-Industrie – und damit einer der größten und wachstumsstärksten Einzelbranchen im Land – kann ich immer wieder nur an die Bundesregierung appellieren, unsere Stärken besser auszubauen und damit unsere Chancen konsequenter zu nutzen. Die Informationstechnik ist heute einer der wichtigsten Enabler im Maschinen- und Automobilbau oder in der Chemie. Wir sind in diesen Bereichen Weltmarktführer, weil wir bei Embedded Systems vorne dabei sind.

Als Unternehmer sage ich der Bundeskanzlerin, dass wir mehr und besser ausgebildete Fachkräfte benötigen, wenn wir unseren Wachstumspfad weiterverfolgen wollen. Mein Unternehmen ist gut behauptet aus der Krise hervorgegangen und investiert gegenwärtig ganz erheblich in neue Mitarbeiter. Wir sehen



Heinz-Paul Bonn, Vorsitzender des Vorstandes GUS Group AG & Co. KG

aber, dass das ganz besondere Know-how, das wir als Softwareanbieter für Branchen wie Pharma, Food und Chemie benötigen, schon seit langem nicht in ausreichendem Maße auf dem deutschen Arbeitsmarkt verfügbar ist. Wir bilden deshalb auch selbst aus, aber das reicht nicht.

3. Warum sind Sie gerne Unternehmer?

Ich wollte immer mit intelligenten und interessanten Leuten zusammenarbeiten. – Und ganz konkret: Als die GUS 1980 gegründet wurde, lag das Thema »Unternehmenssoftware für den Mittelstand« ganz einfach in der Luft. So wurde ich Unternehmer. Heute bin ich noch immer Unternehmer, weil es dem GUS-Team über viele Jahre des Auf- und Abs gelungen ist, das Unternehmen aus Krisen herauszuhalten und einen deutlichen Fußabdruck in unserem Zielmarkt zu hinterlassen. Nicht zuletzt fühle ich mich unseren Kunden verpflichtet, die sich mit ihren Qualitätsprozessen an die Qualität unserer Software binden. Unternehmer ist weder ein Halbtagsjob noch ein Job auf Zeit. Es ist eine Lebenseinstellung.

Heinz Paul Bonn geboren 1945 in Ülitz/Schwerin studierte in Bonn Volkswirtschaftslehre. 1980 wurde er Geschäftsführender Gesellschafter der Gesellschaft für Unternehmensberatung und Software-Entwicklung mbH (GUS). Seit 1995 ist er Vorstandsvorsitzender der GUS Group AG & Co. KG. Seit 2003 ist er Vizepräsident des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. und BDI-Vorstandsmitglied.